

# Neue Initiative steht

## Zweite Bodeninitiative wird wohl demnächst eingereicht

VON VALENTIN KRESSLER

Ein weiteres Volksbegehren aus dem rot-grünen Lager kommt zustande: die neue Bodeninitiative. Bereits sind 2790 der benötigten 3000 Unterschriften liegen vor, die meisten davon sind schon amtlich beglaubigt. Dies bestätigt Klaus Hubmann, Mitglied des Initiativkomitees und Geschäftsführer der Stiftung Habitat, der «Schweiz am Sonntag». Kern der Initiative ist, dass der Kanton Basel-Stadt sein Land künftig grundsätzlich nicht mehr veräussern, sondern nur noch im Baurecht abgeben kann.

Hubmann ist zufrieden mit der Zahl der Unterschriften. «Die Unterschriftensammlung ist sehr gut gelaufen, wenn man bedenkt, dass wir keine grösseren Strassenaktionen durchgeführt haben», sagt er. Wann die Initiative eingereicht wird, steht noch nicht fest. «Im Initiativkomitee haben wir das weitere Vorgehen noch nicht besprochen. Ich gehe davon aus, dass wir uns noch im Januar treffen.» Ursprünglich wollte das Komitee die Initiative bereits 2014 einreichen. Nun hat es keine Eile mehr. «Wir haben keinen Druck; wir haben ja noch bis im

Sommer Zeit», sagt Hubmann. Die Sammelfrist läuft bis August. Für die Abstimmung ist Hubmann zuversichtlich. «Ich rechne mir sehr gute Chancen aus. Gerade die Abstimmungen über die Zweitwohnungsinitiative und das neue Raumplanungsgesetz haben gezeigt, dass die Sensibilität der Bevölkerung für das knappe Gut Boden relativ hoch ist.»

**DIE NEUE BODENINITIATIVE** hat eine bewegte Geschichte. Als Reaktion auf eine erste Bodeninitiative hatte die Regierung einen Gegenvorschlag erarbeitet, der vom Grossen Rat im Dezember 2013 knapp abgelehnt wurde, als die SP-Grossräte Christian von Wartburg und Sarah Wyss fehlten. Daraufhin zogen die Initianten die erste Bodeninitiative zurück und lancierten eine neue Initiative mit dem Inhalt des Gegenvorschlags.

Für die Initianten – die Stiftungen Habitat und Edith Maryon sowie der Dachverband der Wohngenossenschaften – hat der Umweg auch einen positiven Effekt. Die neue Initiative wird nun auch von zahlreichen weiteren Parteien und Organisationen wie SP, Grüne, Bas-ta, EVP und Mieterverband getragen.